Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

AUSWIRKUNGEN DES NAHOSTKONFLIKTS

Die Krise im Nahen Osten ist im Begriff, aus dem akuten in ein chronisches Stadium überzugehen. Der israelische Blitzsieg über drei arabische Staaten hat am Ostufer des Mittelmeeres ein neues Kräfteverhältnis geschaffen, dessen Auswirkungen im Augenblick noch nicht zu übersehen sind. Die Folgen der Umwälzung, die sich in den ersten Junitagen ereignet hat, werden in der internationalen Politik noch lange zu spüren sein.

Zerrissene arabische Einheitsfront

Die erste sichtbare Rückwirkung des israelischen Erfolges ist das Auseinanderbrechen der im vergangenen Mai errichteten arabischen Einheitsfront. *Nasser* hatte damals gehofft, durch seine militante und aggressive Haltung gegenüber Israel sein geschwundenes Prestige innerhalb der arabischen Staatenwelt wieder herzustellen. Für einen kurzen Augenblick war ihm das gelungen; selbst sein erklärter Gegner *Hussein* hatte sich zu einem Verteidigungspakt bereitgefunden, und auch aus Saudiarabien waren Deklarationen zugunsten von Nassers Anti-Israel-Kampagne laut geworden.

Diese Solidarität hat angesichts der vernichtenden militärischen Niederlage Nassers nicht Bestand gehabt. In der «Stunde der Wahrheit» brachen die alten Gegensätze zwischen den einzelnen arabischen Staaten in der gewohnten Schärfe auf. Selbst die Gemeinsamkeit der Gegnerschaft zu Israel scheint nicht mehr genügend starker Kitt zu sein, die Araber zusammenzuhalten. Der tunesische Präsident *Bourguiba*, der schon vor zwei Jahren zur Versöhnung mit Israel aufgerufen hatte und dieses Mal nur widerwillig in die antiisraelische Front eingeschwenkt war, zog aus der Niederlage — der dritten seit 1948 — den Schluß, die arabischen Staaten sollten nun ihren Frieden mit Israel machen. Auch König Hussein, der eigentliche Leidtragende des Krieges, scheint bereit, aus dem militärischen Debakel die Konsequenzen zu ziehen, und wäre wohl für ein Arrangement mit dem Nachbarstaat zu haben, der die wertvollsten Territorien seines Landes besetzt hält.

Aber diese Stimmen der Vernunft im arabischen Lager sind nur vereinzelt. Den Ton geben unter Nassers Führung noch immer die «Progressisten» an, die sich in Kairo zu einer *Gipfelkonferenz* versammelten und Unversöhnlichkeit predigten. Aber auch ihre harte Sprache kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich ihrer prekären Situation bewußt sind. Sowohl die Position Nassers wie jene des Baath-Regimes in Syrien, beide die Hauptverantwortlichen für die so blamabel verlaufene Konfrontation mit Israel, sind erschüttert. Nasser ist es zwar gelungen, sich mit dem Trick seiner angeblichen Rücktrittsbereitschaft noch einmal an der Macht zu halten. Das kühne Überspielen der eigenen Niederlage dürfte jedoch nur auf kurze Sicht Erfolg haben. Auf lange Frist wird der Sieg der Israeli zweifellos zu schweren Erschütterungen im arabischen Staatengefüge führen.

Prestigeverlust der Sowjetunion

Der weltpolitische Verlierer der Nahostkrise ist *Moskau*. Die Sowjetunion hat sich so eindeutig auf arabischer Seite engagiert, daß es ihr schwer fallen dürfte, das Odium der Niederlage von sich abzuwenden. Moskau hat das zwar versucht, indem es in den Vereinigten Nationen durch Einberufung der *außerordentlichen Generalversammlung* eine Monsterdebatte auslöste. Es war schon zu Beginn dieser Marathondiskussionen nicht recht einzusehen, welchen Erfolg sich der Kreml davon erhoffte. Nachdem nun diese Tagung wie erwartet ohne ein greifbares

Ergebnis zu Ende gegangen ist, scheinen die sowjetischen Absichten noch schwerer verständlich. Es ist nicht gelungen, Israel zum Aggressor zu stempeln, ja es ist nicht einmal gelungen, die Israeli zum bedingungslosen Rückzug hinter die alte Waffenstillstandslinie zu zwingen. Lediglich in der *Jerusalem-Frage* kam eine Einigung in der UNO zustande, aber es handelte sich, wie es sich bald zeigte, um eine Deklaration ohne praktische Bedeutung, da das siegreiche Israel sich weigerte, das eroberte Alt-Jerusalem wieder herauszugeben. Am Schluß der Generalversammlung öffnete sich sogar eine Kluft zwischen Moskau und seinen arabischen Schützlingen — ein Resultat, an dem die Sowjetunion bestimmt nur wenig Freude haben dürfte.

Ausgeschaltete UNO

Der zweite große Verlierer der Nahostkrise sind die *Vereinigten Nationen.* Die unglückliche Politik, die Generalsekretär U Thant am 19. Mai einleitete, als er den Friedenstruppen im Sinai und im Gazastreifen den Befehl zum Rückzug gab, hat der Weltorganisation schweren Schaden zugefügt. Mit aller Deutlichkeit ist exemplifiziert worden, wie gering die Möglichkeiten der UNO sind, in einem zwischenstaatlichen Konflikt vermittelnd einzugreifen, wenn die beiden Supermächte verschiedener Meinung sind. Die UNO ist in die Rolle eines *Beobachters* zurückgedrängt worden, dessen Organe zwar längs der neuen Waffenstillstandslinie eingesetzt sind, aber nicht mehr als friedenssichernde Streitmacht, sondern lediglich in Kontrollfunktion, um die Verantwortlichkeit bei Zwischenfällen abzuklären. Die geringe Zahl dieser Beobachter auf beiden Seiten des *Suezkanals* weist darauf hin, wie beschränkt ihr Aufgabenbereich vorderhand ist, nachdem die UNO durch Rückzug ihrer *Emergency Forces* selbst das wichtigste Mittel ihrer Wirksamkeit aus der Hand gegeben hat.

Das Versagen der Vereinigten Nationen im Nahostkonflikt dürfte seine Konsequenzen für die gesamte Weltorganisation haben. Auch wenn es zu weit gehen mag, den Rückschlag vom Juni 1967 mit der Krise in Parallele zu setzen, die der Völkerbund 1935/36 durch den italienisch-abessinischen Krieg erlitt, so steht doch fest, daß das Prestige der UNO weiter abgesunken ist. Ihre Organe, Sicherheitsrat wie Generalversammlung, sind nicht in der Lage, wirksam bei Konflikten zu intervenieren und ein bedrohtes Mitglied vor der Aggression anderer Mitgliedstaaten zu schützen. Eine Weltsicherheitsorganisation, die ungerügt Vernichtungsandrohungen zur Kenntnis nimmt, wie sie Nasser Ende Mai gegen Israel ausgestoßen hat, läßt — hart gesagt — dem Angegriffenen schließlich keine andere Wahl mehr als die Selbsthilfe.

Amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen

Die Nahostkrise hat jedoch auch mit Illusionen über die wahren Kräfteverhältnisse in der Welt aufgeräumt. Trotz Polyzentrismus im Ostblock und Desintegrationserscheinungen innerhalb der NATO bleiben die *Sowjetunion* und die *Vereinigten Staaten von Amerika* weiterhin die beiden Mächte, die den Gang der internationalen Politik bestimmen. Indem Moskau einem Treffen zwischen Ministerpräsident *Kossygin* und Präsident *Johnson* zustimmte, hat die Sowjetunion gezeigt, daß sie die politischen Kräfte richtig beurteilt und in einer Krisensituation vor allem Kontakt mit der andern Supermacht sucht. Der Kreml hat sich von dieser Linie auch nicht durch das hysterische Gebaren des kommunistischen China abbringen lassen, das in den Gesprächen Kossygins mit Johnson in *Glassboro* einen Beweis für die angebliche Komplizenschaft zwischen Moskau und Washington zu erblicken vorgibt. Die grotesken Kommentare Pekings, die offensichtlich darauf abzielten, die Nahostkrise zu benützen, um den Gegensatz zwischen Rußland und Amerika zu verschärfen, haben die politische Führungsspitze der Sowjetunion kalt gelassen. Auch die Explosion der ersten chinesischen Wasserstoffbombe hat Moskau offensichtlich

nicht in dem von China gewünschten Maß beeindruckt.

Das Treffen von Glassboro demonstrierte aber auch in deutlicher Weise die *Isolierung*, in die sich der französische Staatschef, General *de Gaulle*, manövriert hat. Zu Beginn der Nahostkrise hat sich der Präsident der Französischen Republik mit dem Vorschlag einer *Viererkonferenz* vergeblich in die Gespräche der Großen einzuschalten gesucht. Auch sein Versuch, durch eine reichlich abwegige Gedankenkonstruktion Vietnamkonflikt und Nahostkrise in einen Zusammenhang zu bringen, hat nicht jenes Echo gehabt, das sich der Präsident möglicherweise davon versprach. Durch seine Haltung während des ganzen Konfliktes hat sich de Gaulle schließlich zahlreiche Sympathien in Israel verscherzt, ohne daß er auf der Seite der arabischen «Progressisten» neue Freunde gewonnen hätte. Daß er mit seinen intensiven Kontakten zur Sowjetunion — Ministerpräsident Kossygin diente ihm offensichtlich während der Krise als Hauptinformator — zudem das Mißtrauen seiner deutschen Freunde erweckt hat, sei nur am Rande vermerkt.

Unabsehbarer Krieg in Vietnam

Wenn aus der Perspektive Washingtons der Nahostkonflikt überwiegend günstige Aspekte bietet, so hat das plötzliche Aufflammen dieser Krise nicht jenes außenpolitische Hauptproblem in Vergessenheit geraten lassen, an dem die Vereinigten Staaten nun seit Jahren herumlaborieren: *Vietnam*. Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seit mit der Bombardierung militärischer Ziele in Nordvietnam Amerika sich in stärkster Weise in dem Krieg, den Hanoi gegen Südvietnam führt, zu engagieren begann. Im Sinne einer Eindämmung hat die amerikanische Politik zweifellos Erfolg gehabt. Die Ausdehnung des Kommunismus nach Süden wurde verhindert; in Indonesien, das ohne die amerikanische Barriere in Südvietnam möglicherweise dem Kommunismus in die Hände gefallen wäre, wurde der kommunistische Ansturm gestoppt.

Der Krieg in Vietnam selber aber geht mit unverminderter Härte weiter. General *Westmoreland* hat neue Truppenverstärkungen angefordert, und noch vor Ende dieses Jahres wird die Zahl der in Südvietnam stationierten amerikanischen Soldaten die halbe Million überschreiten. Das ist eine Stärke, die weit über das hinausgeht, was das Pentagon vor drei Jahren als notwendig erachtete, um den Konflikt zu einem Abschluß zu bringen. Parallel zu dieser Intensivierung des Engagements in Vietnam ging in Europa eine *Reduktion der amerikanischen Truppenbestände*. Auch wenn angeblich keine direkten Zusammenhänge zwischen dieser Gewichtsverlagerung bestehen, auch wenn sich in Europa die politische Lage in den letzten paar Jahren sichtlich entspannt hat und wenn schließlich die moderne technische Entwicklung innerhalb kürzester Zeit Dislozierung größerer Truppenverbände über weite Distanzen ermöglicht, so bleibt doch die Frage bestehen, wie sich dieser kräfteverzehrende Kleinkrieg im südostasiatischen Dschungel auf das gesamte internationale Kräftespiel auswirkt. Nachdem Großbritannien entschlossen ist, seine Truppenbestände östlich von Suez massiv abzubauen und auch die Bundesrepublik Deutschland Einsparungen an ihrem Verteidigungshaushalt vornimmt, droht in Europa wie im Fernen Osten eine *Lücke in der Abwehrbereitschaft* zu entstehen, die möglicherweise Gefahren für den Westen heraufbeschwört. Selbst wenn es verständlich ist, daß die Vereinigten Staaten angesichts des wirtschaftlichen Erstarkens Europas eine für sie günstigere Verteilung der Verteidigungslasten anstreben, so ist die amerikanische Präsenz eine unabdingbare *Notwendigkeit* jeder Sicherheitspolitik. Daß bei den weltweiten Verpflichtungen der USA diese Präsenz überall in einem vertretbaren Rahmen und einer den Umständen entsprechenden Stärke gehalten wird, bleibt auch in der gegenwärtigen Phase der «Entspannung» eine der wichtigsten Aufgaben der amerikanischen Politik.

Fabius

Der Konflikt im Nahen Osten hat sich auf die politische Lage in Osteuropa stärker ausgewirkt, als man dies bei der geographischen Entfernung erwarten sollte. Aber es gibt genügend Ursachen, die diese Intensität der Rückwirkungen erklären. Dazu gehört in erster Linie das Engagement der Sowjetunion an der Seite der Araber, aus dem Verpflichtungen für die anderen kommunistischen Regierungen Osteuropas entstanden sind. Das aber ist nur die eine Seite des Problems, nämlich die offizielle. Die andere Variante ist geistig-politischer und psychologischer Art, außerhalb der offiziellen Sphäre, und sie gilt dem Verhältnis der Öffentlichkeit zu Israel und zu den Juden insgesamt. Zwischen den beiden Arten von Reaktion herrscht eine tiefe Kluft.

Mit Ausnahme Rumäniens hat das amtliche Osteuropa das Spiel der Araber mitgemacht und will es offenbar auch weiter mitmachen. Das ruft bei der Bevölkerung Widerstände hervor, weil sie die pro-arabische Politik der eigenen Regimes für verfehlt hält. Die rasche Niederlage der Araber im Krieg gegen Israel hat ihnen bei den Osteuropäern nicht Mitleid, sondern Verachtung erbracht; man darf nicht vergessen, daß die Osteuropäer noch immer im Geiste des Widerstandes des Zweiten Weltkrieges leben. Die Tradition eines heroischen Kampfes ist dort noch sehr lebendig. Manchmal hat man den Eindruck, daß die Kultivierung dieser Tradition zu einseitig und auf Kosten anderer geistiger Aufgaben und Verpflichtungen gepflegt wird. Aber auf Grund einer solchen Einstellung zum Problem des Krieges, Widerstandes, Heldentums und Behauptungswillens haben die Araber in der Vorstellungswelt der Osteuropäer jedes Prestige verloren. Deshalb fällt es den kommunistischen Regierungen so schwer, ihre Untertanen von der Richtigkeit der amtlichen Politik zu überzeugen, die sich mit den Interessen der Araber identifiziert.

Diese Politik ist höchst unpopulär und wirkt sich in zunehmendem Maße sehr entfremdend auf die Beziehungen zwischen den kommunistischen Regimen und den breiten Bevölkerungsmassen aus.

Andererseits konnte man vom ersten Tag des Nahostkonfliktes an registrieren, daß die Sympathien der Osteuropäer diesmal an der Seite der Israelis sind. Für Osteuropa war das keine Selbstverständlichkeit; bis in die jüngste Zeit war dort ein tiefverwurzelter Antisemitismus anzutreffen. Der Krieg im Nahen Osten hat in diesem umfangreichen Fragenkomplex eine Wende bewirkt. Die erwähnten Traditionen und die Pflege solcher moralischer Kategorien wie Mut, Opferbereitschaft, Heldentum haben dazu beigetragen, daß man den Sieg der israelischen Armee bewunderte. Die traditionellen Vorurteile über angebliche Feigheit und mangelhafte soldatische Tugenden der Juden sind auf einmal durch die Konfrontation mit dem Verlauf des Krieges umgestoßen worden. Viele Osteuropäer, die das Judentum auch deshalb geringschätzten, weil sich seine Söhne im Zweiten Weltkrieg nach einer weitverbreiteten Meinung von den Nationalsozialisten widerstandslos abschlachten ließen, haben diesen Standpunkt im Sommer 1967 gründlich geändert. Darüber hinaus galt die Niederlage der Araber als eine Schlappe für Moskau. Vox populi in Osteuropa hat das sofort in einer volkstümlichen Parole ausgedrückt: «Die Russen kriegen Dresche.» Von einem übergeordneten, historisch-philosophischen Standpunkt aus betrachtet, haben sich die jahrtausendalten Beziehungen zwischen den Juden und Osteuropäern, ungeachtet aller früheren und späteren anti-semitischen Erscheinungen letzten Endes stärker erwiesen als die neue konjunkturelle Freundschaft mit den Arabern. Aber aus allen diesen Vorgängen resultiert etwas, womit sich die kommunistischen Regierungen und Parteileitungen herumschlagen müssen: die Abneigung der Öffentlichkeit gegen die materiellen Leistungen für die arabischen Staaten.

Veränderte Konstellation

Abgesehen von diesem allgemeinen politischen und psychologischen Vorgang haben die Rückwirkungen des arabisch-israelischen Krieges eine Veränderung der bisherigen Konstellation verursacht. Bis anfangs Juni sah die Situation so aus, daß Moskau die Nord- und Südwestflanke von Polen über die DDR, die Tschechoslowakei bis nach Ungarn fest in der Hand hielt. Aber die Südflanke des Imperiums auf dem Balkan war bereits stark emanzipiert. Es zeichneten sich Konturen einer regionalen Zusammenarbeit zwischen Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien ab. Sie hatten noch keine feste institutionelle Grundlage, aber der Wille zur Zusammenarbeit war in Bukarest, Sofia und Belgrad fast gleich stark vertreten. Tonangebend war dabei das Zusammengehen zwischen den rumänischen und den jugoslawischen Kommunisten, in deren Schlepptau sich Bulgarien vorsichtig, oft schwankend, aber immerhin nach dem gleichen Kurs bewegte. Diese Emanzipationsbewegung machte der Sowjetunion in den letzten Monaten viele Sorgen, aber der Kreml konnte keine stichhaltigen Argumente finden, um dagegen einzuschreiten.

Durch den Krieg im Nahen Osten sind die Grundrisse dieser Konstellation wenn nicht zusammengestürzt, so doch stark erschüttert worden. Das ergab sich daraus, daß Jugoslawien auf den Kurs Moskaus einschwenkte und Rumänien sich davon völlig distanzierte. Bis zum heutigen Tage sind die tatsächlichen Motive unbekannt, die Tito dazu bewegten, an der Ostblockkonferenz anfangs Juni in Moskau teilzunehmen und sich dann zum zweiten Male auf dem Budapester kommunistischen Treffen anfangs Juli wieder im gleichen Sinne zu exponieren. Vermutungen besagen, daß er aus einer Rolle eines Außenseiters heraus wollte, um endlich die begehrte Stellung eines Vermittlers zwischen den bedrängten Sowjets und den geplagten Arabern zu erringen. Anderen Informationen zufolge habe sich Tito seinem Freund Nasser, mit dem er seit zwölf Jahren zusammenarbeitet, aus elementaren Gründen einer menschlichen und politischen Freundschaft in kritischer Stunde verbunden gefühlt. Wie dem auch sei, eines steht fest, daß Tito diese Entscheidungen auf eigene Faust getroffen hatte. Das hat die Beziehungen zwischen ihm und der jüngeren Generation der Politiker und vor allem mit dem inzwischen sehr pro-westlich orientierten Volk sehr kompliziert. Aber in außenpolitischer Hinsicht hat Tito durch diesen Schritt der Emanzipationsbewegung des Balkans einen Bärendienst erwiesen.

Die rumänische Führung hat diametral anders gehandelt. Sie hat zwar an der ersten kommunistischen Gipfelkonferenz über den Nahen Osten in Moskau teilgenommen, aber sie hat es abgelehnt, die dort verfaßte Deklaration zu unterzeichnen. Seither bleibt Bukarest dem selbständigen Kurs in der Nahostkrise treu, der die einseitige Verurteilung Israels ablehnt und den Arabern und Israelis bilaterale Verhandlungen vorschlägt. Dadurch hat sich Rumänien natürlich noch mehr von den anderen kommunistischen Partnern in Osteuropa distanziert, als das schon bis jetzt durch die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu Bonn geschehen war. Bitter für Bukarest ist aber die Schwenkung Titos, weil es damit nicht rechnete. Für die Sowjets bedeutet diese neue Differenzierung der Kräfte in Südosteuropa einen Vorteil, mit dem sie gar nicht rechneten und der ihnen ohne ihr Zutun durch den Schritt Titos in den Schoß fiel.

Weitere Konsequenzen

Man registriert daneben auch andere Erscheinungen. In Osteuropa wird inoffiziell eine Diskussion darüber geführt, was sich eigentlich durch den Krieg im Nahen Osten und infolge des Debakels in New York im Verhältnis zwischen den kleinen Nationen und großen Imperien geändert hat. Auf Grund dieser Debatten hat man insgesamt den Eindruck, daß man noch weniger Achtung und Angst gegenüber

den Großmächten empfindet, in diesem Fall in erster Linie gegenüber der Sowjetunion, die das osteuropäische Feld beherrscht. Andererseits aber wirkt sich auch der Umschwung General de Gaulles aus. In Moskau und in den anderen Hauptstädten herrscht in den dortigen kommunistischen Führungsgremien helle Freude darüber. Die Kommentatoren interpretieren den Frontwechsel des Generals in der Nahostkrise dahingehend, daß in der westlichen Konstellation eine neue klaffende Lücke entstand und daß die «imperialistischen» Protektoren Israels geschwächt wurden. Mit einem solchen Szenenwechsel auf der Pariser Bühne hat man in den kommunistischen Kreisen Osteuropas nicht gerechnet. Man freut sich dort, aber man zeigt keinerlei Anzeichen, daß man die Schwenkung des französischen Staatschefs in irgendeiner Weise honorieren will. De Gaulles Schritt wird lediglich als ein Beitrag Frankreichs zur Schwächung der westlichen Allianz gefeiert. Mehr Respekt für die Außenpolitik Frankreichs seitens der kommunistischen Führungsgremien entsteht daraus nicht. Und es sieht so aus, als ob de Gaulle keine Trümpfe für seine sowieso blockierte Osteuropapolitik gewänne.

In den osteuropäischen Kreisen, die noch vor zwei Jahren in der Idee des Generals vom «Europa der Vaterländer» eine große Vision der Zukunft sahen, herrscht eine bittere Enttäuschung. Osteuropäer, die damals in dem Konzept de Gaulles einen richtigen Weg zur Lockerung der russischen Oberherrschaft sahen, sind nunmehr enttäuscht und glauben nicht mehr, daß der französische Staatsmann so etwas im Auge hat. Vielmehr beginnt sich auch in diesen Kreisen der Standpunkt durchzusetzen, daß der General vor den unüberwindlichen Schwierigkeiten kapituliert hat und er in seinem blinden Anti-Amerikanismus durchaus bereit sei, eine russophile Konzeption der Zusammenarbeit mit Moskau zu akzeptieren. Dieser Flirt mit dem Kreml hat zur Folge, daß viele Osteuropäer die auf Frankreich gesetzten Hoffnungen aufgeben. Aus dieser Enttäuschung wächst dann oft ein neues Ressentiment, das den kommunistischen Rattenfängern nur genehm ist. Aber die Umorientierung de Gaulles hat in einem konkreten Fall, nämlich bei den Rumänen, eine zusätzliche Komponente. Bukarest rechnete sogar in den offiziellen Plänen fest mit der Unterstützung Frankreichs, muß aber nunmehr feststellen, daß diese Prognosen falsch waren. Das führt schließlich zu den trüben Feststellungen, daß der heutige Kurs General de Gaulles nur den moskauhörigen Kräften in der osteuropäischen Konstellation hilft, jenen Kräften, die unter der Ägide Breschnews eine Konsolidierung des Warschauer Paktes durchsetzen möchten.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Auf dem Wege zu einem neuen Bodenrecht

Am ersten Juli-Wochenende hatte das Schweizervolk über die Bodenrechtsinitiative abzustimmen, die vor vier Jahren von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereicht worden war. Nationalrat Leuenberger, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, hatte im Vorfeld des Urnengangs von einem Leidensweg der Initiative gesprochen. Er spielte damit auf das zeitweilige Hin und Her um einen allfälligen Gegenvorschlag des Bundesrates einerseits und das Liebäugeln der Linken mit einem Rückzug der Initiative anderseits an. Den Abstimmungstag dürften er und seine politischen Freunde als adäquaten Abschluß dieses Leidenswegs empfunden haben.

Zwar hatte wohl niemand — auch die größten Optimisten unter den Initianten

nicht — eine Annahme der Vorlage erwartet. Die Befürworter hofften aber auf einen Achtungserfolg. Sie stützten diese Prognose auf die unbestreitbare Tatsache, daß die Bodenrechtsfrage mit ihren Auswirkungen auf die Baulandpreise und die Möglichkeiten einer vernünftigen Landesplanung von weiten Kreisen mit wachsender Sorge diskutiert worden ist. Mit dem Leitmotiv ihrer Propaganda — «Man muß endlich etwas tun» — appellierten sie auch geschickt an dieses Unbehagen. Doch das Volk reagierte äußerst lau. Schon die Stimmbeteiligung von erschreckend bescheidenen 37,3 Prozent war ein deutliches Indiz. Sie ließ sich kaum allein auf das heiße Sommerwetter zurückführen, sondern kam einer Demonstration gleich. Darüber hinaus stellte der Überschuß von mehr als 200000 Neinstimmen eine Absage dar, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Diese Absage galt ohne Zweifel vor allem dem etatistischen Trend, welcher der Initiative nach Ansicht der Gegner innewohnte. Es nützte den Initianten wenig, wenn sie darauf verwiesen, daß im Initiativtext nichts von Verstaatlichung des Bodens stehe. Die Tatsache, daß die Linke früher programmatische Erklärungen in dieser Richtung abgegeben hatte, wog hier schwerer als die Beteuerungen, daß das Privateigentum grundsätzlich nicht angetastet werde. Die große Mehrheit des Schweizervolkes bekundete deutlich ihren Willen, daß in dieser Frage keinerlei Zwielichtigkeit aufkommen dürfe.

Die Entscheidung gegen die Initiative fiel auch jenen, denen eine rasche Förderung der Landesplanung besonders stark am Herzen liegt, nicht allzu schwer, weil noch vor der Abstimmung bekannt geworden war, daß die Vorlage des Bundesrates für eine Revision des Bodenrechts noch dieses Jahr vor das Parlament kommen werde. Der Ständerat wird sich schon in der nächsten Herbstsession mit ihr zu befassen haben. So bleibt zu hoffen, daß diese wichtige Frage ohne allzu große politische Belastungen endlich einer sachlichen Lösung entgegengeführt werden kann.

Zuviel

«Was zuviel ist, ist zuviel!» So lautete das Leitmotiv der Abstimmungspropaganda in der zürcherischen Abstimmung zur Kreditvorlage von 72 Millionen Franken für eine Kantonsschule in Oerlikon. Der Souverän folgte dieser Parole. Daß die Stimmbürger mehrheitlich nein sagten, war auch hier keine allzu große Überrachung, wohl aber, daß sie dies mit einer so deutlichen Mehrheit von fast 36000 Stimmen taten. Schon vor zwei Jahren, als es galt, über die Kreditgewährung für die Kantonsschulanlage Rämibühl inmitten der Stadt Zürich zu entscheiden, verdüsterte sich der politische Himmel zusehends. In weiten Kreisen wurde die Ansicht vertreten, daß der Bau zu teuer sei. Damals kam es noch zu einer knappen Annahme. Jetzt aber hat sich der Unmut der Steuerzahler vollends Bahn gebrochen. Der Ruf nach verstärktem Maßhalten im öffentlichen Bauwesen hat sich nun als attraktiv genug erwiesen, um ein Bauvorhaben bachab zu schicken, an dessen Planung nicht weniger als zwölf Jahre gearbeitet worden war und bei dem die Bedürfnisfrage grundsätzlich von keiner Seite bestritten wurde.

Der Volksentscheid ist ein Fingerzeig, der weit über die zürcherischen Kantonsgrenzen hinaus Beachtung verdient. Die wachsenden öffentlichen Finanzsorgen machen den Stimmbürger hellhöriger. Der Vorwurf, daß die öffentliche Hand dazu neige, allzu perfektionistisch zu bauen, war während Jahren achselzuckend und ohne sichtbare Wirkung zur Kenntnis genommen worden; angesichts der steigenden Defizite bekommt er nun entscheidendes politisches Gewicht. Mit der Überarbeitung der Projekte und dem Suchen nach Verbilligungsmöglichkeiten allein ist es dabei nicht getan. Im Fall der Kantonsschule Oerlikon zum Beispiel könnte man sich überlegen, ob mit der Eröffnung des Schulbetriebs wirklich zugewartet werden müsse, bis der Neubau bezugsbereit ist. In weniger ausgabefreudigen Zeiten pflegte man bei solchen Projekten stufenweise

vorzugehen und allenfalls zunächst auf bereits bestehende Gebäulichkeiten zurückzugreifen. Im Hinblick auf die wachsende Finanzklemme und den unwirscher werdenden Souverän wäre es angezeigt, wenn die Behörden wieder vermehrt nach solchen Lösungen Ausschau hielten. Nur so lassen sich unter den gegebenen Umständen Verzögerungen auf Gebieten wie dem Schulwesen vermeiden, die für eine gesunde Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Bewegung in der europäischen Integration?

Nach Jahren der Stagnation ist in diesem Frühling wieder Bewegung in die europäische Integrationsdiskussion gekommen. Der neue Anlauf Großbritanniens, die französische Abwehrfront zu durchbrechen und in die EWG einzuziehen, hat die europäische Szene stark belebt. Zwar ist die Skepsis nach einer ersten Phase hoffnungsvoller Spekulationen wieder deutlich im Wachsen, da das Frankreich de Gaulles anscheinend entschlossen ist, seinen Widerstand gegen eine Erweiterung der Sechsergemeinschaft nicht aufzugeben. Doch ist damit zu rechnen, daß das Thema Integration trotz allem auch für unser Land wieder stärker in den Vordergrund rücken wird.

Nachdem Bundesrat Schaffner bereits am 27. Juni vor dem Nationalrat die Beantwortung einer Interpellation zu den Auswirkungen der Kennedy-Runde dazu benützt hatte, um einen umfassenden integrationspolitischen Überblick zu geben, erläuterte er die spezifischen Probleme unseres Verhältnisses zur EWG an einer Pressekonferenz vom 7. Juli. Er betonte dabei, daß der tote Punkt in der europäischen Integration wohl überwunden sei, wobei der erfolgreiche Abschluß der Kennedy-Runde Entscheidendes dazu beigetragen habe. Und er hielt außerdem mit Nachdruck fest, daß der Bundesrat entschlossen sei, der Entwicklung nicht untätig zuzuschauen.

Konkret stellte sich nach dem neuen Beitrittsgesuch Englands die Frage, ob die Schweiz ebenfalls einen neuen Vorstoß unternehmen solle. Die skandinavischen Länder taten dies. Nach eingehender Prüfung der Lage kam der Bundesrat seinerseits zum Schluß, in der doch nach wie vor unübersichtlichen Lage formell keine neue Initiative zu ergreifen, wohl aber den Organen der EWG auf diplomatischem Wege klarzumachen, daß das 1961 eingereichte Assoziationsgesuch weiterhin aufrechterhalten bleibe. In der schweizerischen Erklärung wurde dabei ausdrücklich festgehalten, daß unser Land auch bereit sei, neuartige Lösungsmöglichkeiten unvoreingenommen zu prüfen.

Dieses Vorgehen darf als angemessen bezeichnet werden. Es stieß auch in Brüssel auf Verständnis. Wichtig ist, daß die Schweiz im Gespräch bleibt. Das ist aber nur dann möglich, wenn sie sich immer wieder selbst zum Wort meldet. Die Tatsache, daß der «Sonderfall Schweiz» im europäischen Ausland längst als gegeben hingenommen wird, wirkt sich nämlich nicht nur positiv aus. Wir laufen auf diesem Hintergrund allzu leicht Gefahr, auch dort «vergessen» zu werden, wo unsere Präsenz unerläßlich ist.

Starker Tabak

In indirektem Zusammenhang mit der europäischen Integration steht auch ein Beschluß, den der Nationalrat in der letzten Woche der Sommersession faßte und der im Rahmen des kommenden Wahlkampfs ohne Zweifel noch einigen Staub aufwirbeln wird: Mit 74 zu 72 Stimmen beschloß er im Gegensatz zum bundesrätlichen Antrag, im «Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung» einen *dauernden* Preisschutz zu verankern. Der Bundesrat hatte eine zeitliche Begrenzung auf drei Jahre vorgeschlagen.

Ausgangspunkt dieses Gesetzes ist die EFTA-Vereinbarung von Stockholm, nach welcher der bisherige Fiskalzoll, der für die AHV bestimmt ist, wegfällt. Da der Bund nicht auf diese Einnahmequelle verzichten kann, muß der Zoll durch eine Fabriksteuer ersetzt werden. Mit der Be-

fristung des Preisschutzes hoffte die Regierung, allmählich einem freieren Wettbewerb zum Durchbruch zu verhelfen, ganz abgesehen davon, daß die juristischen Experten die Verfassungsmäßigkeit dieses Schutzes bestreiten. Demgegenüber beharrten die Vertreter der Tabakindustrie darauf, daß die bestehende Struktur erhalten werden müsse, wozu der Preisschutz unerläßlich sei.

In der Herbstsession wird sich nun der Ständerat zur Vorlage zu äußern haben, falls er es nicht vorzieht, seinen Entscheid im Hinblick auf die wahlpolitische Brisanz der Angelegenheit auf später zu vertagen. Sollte er sich dem Beschluß des Nationalrates anschließen, so wird ein Referendum kaum ausbleiben, da die Ansicht weitverbreitet ist, daß hier der Protektionismus auf die Spitze getrieben werde. Als starker Tabak wurde übrigens besonders auch die Tatsache empfunden, daß sich eine beträchtliche Zahl direkt interessierter Parlamentarier mit selten gesehener Unbekümmertheit für die Belange der Tabakindustrie einsetzte. Die parlamentarischen Spielregeln wurden damit in einem Ausmaß strapaziert, das dem ohnehin nicht übertrieben hohen Ansehen unserer Volksvertretung alles andere denn gut bekommen ist.

Sinnvolle Forschungspolitik

Im Zeitalter der «Big Science», der Großforschung auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiet, hält es für einen Kleinstaat immer schwerer, in Tuchfühlung mit der allgemeinen Entwicklung zu bleiben. Die Forschungen sind auf verschiedensten Gebieten mit finanziellen Aufwendungen verbunden, welche die Kräfte eines kleinen Landes bei weitem übersteigen, auch wenn sich dessen Wirtschaftspotential sehen lassen darf. Das trifft vor allem für die Nuklearforschung zu. Und gerade auf dem Gebiet der Energietechnik hat unsere Industrie eine hervorragende Tradition zu verteidigen.

Da die Schweiz auf dem Gebiet der Hochenergie nicht in Wettbewerb mit den Großstaaten treten kann, galt es für unsere Wissenschaft, nach allfälligen Lücken Ausschau zu halten und sich so auf erfolgversprechende Teilgebiete zu spezialisieren. Eine solche Lücke kann nun offenbar durch die schweizerische Entwicklung eines Teilchenbeschleunigers geschlossen werden, der auch Bedürfnisse der schweizerischen Hochschulinstitute zu befriedigen vermag. Die neue Hochenergiephysik-Anlage hat ihren Standort in Villigen, in unmittelbarer Nachbarschaft des Schweizerischen Reaktorinstituts Würenlingen. Offenbar bekundet das Ausland reges Interesse an dem Unternehmen, so daß erwartet werden kann, daß sich rasch eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der Nuklearforschung anderer Staaten anbahnen wird.

Föderalismus als Hindernis der Hochschulkoordination?

Vor kurzem ist die Vernehmlassung über den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Hochschulförderung abgeschlossen worden. Es soll die Ende 1968 ablaufende Übergangslösung durch eine Dauerordnung ersetzen und wird erhebliche Mittel des Bundes für den Ausbau unserer Universitäten frei machen. Um so überraschender muß die Tatsache anmuten, daß der Entwurf außerordentlich weit geht in der Rücksichtnahme auf die Hochschulautonomie der Kantone. Wenn er den Zweck hat, zu einer verbesserten Koordination und damit zu einem verbesserten Einsatz der vorhandenen Mittel zu führen, so wird der Bund auch klarere Kompetenzen zugewiesen erhalten müssen. Ferner wird das vorgesehene Koordinationsorgan in der vorgeschlagenen Form kaum in der Lage sein, seine wichtige Aufgabe wirklich sinngemäß erfüllen zu können. Es ist zu hoffen, daß hier noch Korrekturen erfolgen werden. Der Ausbau des Hochschulwesens ist eine zu wichtige Sache, als daß er durch übertriebene «föderalistische Courtoisie» um die Möglichkeit einer wirklich sachgerechten Hochschulplanung gebracht werden darf.

Spectator

AVANTGARDE

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag 1967, 21.—25. Juni

«Der Frieden ist unter uns» lautete der Wahlspruch für den Kirchentag in Hannover. Damit war ein Thema gegeben, das Politik und Theologie verband. Wir überschreiben unseren Bericht mit «Avantgarde». Der Titel weist auf unseren Eindruck hin, denn wir erlebten erstaunt, was der Kirchentag in Deutschland ist, nicht eine Demonstration der alten Garde, die die Traditionen hütet, nicht die Proklamation der festen Burg des Glaubens, in der man sich vor dem Ansturm der gottlosen Welt zur trotzigen Verteidigung rüstet. Der Kirchentag stellt gegenüber der Kirche einerseits ein kritisches Element dar und anderseits eine Vorhut weit im Vorgelände der Welt.

Das war schon immer so, seit der deutsche Laienchrist Reinold von Thadden-Trieglaff 1949 die erste Evangelische Woche nach dem deutschen Zusammenbruch veranstaltete, aus der die bisher dreizehn Kirchentage hervorgingen. Von Thadden wollte der Amtskirche die Laienkirche gegenüberstellen. Er strebte danach, die evangelische Kirche zu beleben, indem er ihr die im Werktag, in Studium und Berufsarbeit stehende Christenheit als verantwortliche Mitgestalter zuführte. Die ersten Kirchentage wurden darüber hinaus Zeichen der Erneuerung des deutschen Volkes nach der Verführung durch den Nationalsozialismus. Als sich der Eiserne Vorhang niedersenkte und sich zwei Politien in Deutschland bildeten, die sich Bundesrepublik und Deutsche Demokratische Republik nannten, dokumentierten die Kirchentage die Einheit des Volkes durch den die Grenzwälle überspringenden Glauben.

Die Kirchentage waren immer geladen mit Aktualität und getragen vom Bekenntnis. Daß beides sich verband, daß das Bekenntnis im Angesicht des Heute und Morgen ausgerufen wurde, das löste es vom Modergeruch des Antiquierten, Musealen und von der tödlichen Starre des Buchstabens. Das gab ihm Leben und brachte den Geist des Glaubens zum Ausdruck. Doch seit 1963 in Darmstadt und 1965 in Köln haben sich die Kirchentage gewandelt. Immer schon wollte diese Veranstaltung die Welt ernst nehmen, wie sie ist. Erst war es ihre Not, jetzt ist es ihre eigene Wahrheitsforschung und ihre Kritik, die sich geltend macht. Darüber ist ein Teil der ehemaligen Teilnehmer erschrocken. Sie zogen sich protestierend zurück. Sie sehen diese Welt in der Form der Existentialtheologie am Werk. Sie fühlen sich zur Verteidigung der Bibel und des Bekenntnisses verpflichtet. Eine Bewegung «Kein anderes Evangelium» formierte sich. Der Kirchentag in Hannover 1967, der jetzt unter der Leitung von *Richard von Weizsäcker* steht, blieb gegenüber allen Ansinnen fest, welche den Ausschluß der modernen Theologie forderten, und gab der Glaubensdiskussion Raum.

Diese Haltung hat sich gelohnt. Der Kirchentag bewahrte sich das Interesse der Jugend. Sie kam in großer Zahl. Es waren vor allem Studenten. Das hat zum großen Teil am Datum gelegen, denn die studierende Jugend konnte sich außerhalb der großen Ferienzeit frei machen, um aus ganz Deutschland nach Hannover zu fahren. Es war eine andere Jugend als früher, wo die christlichen Verbände jene Jungen stellten, die dem Unglauben oder der Haltlosigkeit gegenüber den sicheren Stand im Glauben dokumentieren wollten. Es war Jugend, die der Sicherheit widersprach, die gegen die etablierten Ordnungen und Wahrheiten in Kirche und Staat ihre Fragen anmeldete. Sie waren nicht begeisterte, sondern kritische Zuhörer. Sie verlangten in den vier Arbeitsgruppen den Durchbruch zu Neuem.

Die gewaltigen Hallen und die weiten Straßen und Plätze des Messegeländes mit ihrem von Industriestahl, Glas und Beton beherrschten Äußeren begünstigten sie. Diese Symbole machten die neue Welt der

rationalen Organisation, beherrscht vom planenden und rechnenden Geist, den Teilnehmern stündlich bewußt. Nichts gemahnte an Heimat und naturgewachsene Ordnung. Der Mensch unter Menschen, preisgegeben dem künstlichen Organismus, den Heidegger im Unterschied zur Schöpfung treffend «das Gestell» genannt hatte, war in seiner Autonomie gegenwärtig. Was bedeutet in dieser Zeit der Gekreuzigte, was die Bibel und die Kirche?

Wir konnten nirgends hören, daß diese Frage klar und eindeutig beantwortet wurde. Gewiß scheute man geradezu eine Parole. Doch unausgesprochen ging sie aus der Prägung des Kirchentages hervor. Kirche und Theologie geben eine Möglichkeit der Distanz gegenüber den Mächten der politischen und ökonomischen Ordnung. In diesem durch den Gekreuzigten und die Bibel ermöglichten Abstand ist die Diskussion unter Konkurrenten und Gegnern möglich. Die Feindschaft, die nicht mehr miteinander reden läßt, wird überwunden. Die Gemeinsamkeit der Sache, die Menschlichkeit und der Friede, machen sich im Bewußtsein übermächtig geltend. Die Vorurteile werden abgebaut. Darauf konzentrierte sich der Kirchentag. Resolutionen zu fassen lehnte er auch da ab, wo dies leicht möglich gewesen wäre, weil er grundsätzlich das nicht wollte. Das bedeutet auch, daß nicht Resultate aufzuweisen sind, die in Entschließungen definiert wären. Der Kirchentag bringt nicht, sei es für die Kirche, sei es für eine Partei oder Gruppe, einen Kurswechsel, eine Direktive. Er gleicht darin sehr viel weniger einem Parteitag als eben jener Industriemesse, die sonst in Hannover stattfindet: Er bringt dem Besucher einen Aufweis der Situation. Er stellt den Stand der Diskussion dar. Der Besucher kann sich daran orientieren und seine eigenen Entschlüsse fassen.

Die politische Diskussion

Es gab vier Arbeitsgruppen, nämlich «Bibel und Gemeinde», «Politik», «Juden und Christen» sowie «Kirchenreform». Obschon die beiden Gruppen, die sich mit dem Problem der neuen Wege in der kirchlichen Struktur und mit dem Verhältnis zu den Juden befaßten, sehr wertvolle und fundierte Beiträge zeitigten, beschränken wir uns in diesem Überblick auf die politische und die theologische Diskussion. Beide Gruppen sammelten je zwischen sechs- und siebentausend Teilnehmer. Politische oder politisch interessante Persönlichkeiten und Voten kamen allerdings auch in anderen Zusammenhängen vor, dadurch daß zum Beispiel an einem großen ökumenischen Abend, wo unter den Sprechern auch Martin Niemöller figurierte, dem Sozialismus das Wort geredet wurde. Überhaupt trat die Linke aktiver hervor und bewies eine verstärkte Neigung, Sozialdemokratie und Christentum miteinander zu verknüpfen.

Der prominenteste Politiker auf dem Kirchentag war ohne Zweifel *Herbert Wehner*, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Er zählt zu den Schöpfern der als «Godesberger Programm» bezeichneten Neuausrichtung der SPD. Wehner ging 1935 als junger Kommunist in die Emigration und kehrte 1946 als bewußter Christ aus ihr nach Deutschland zurück. Seit 1966 im Kabinett, vertrat er auf dem Kirchentag unter dem Titel: «Wozu sind wir als Deutsche da?» die Ziele der Koalition im Blick auf die DDR und Osteuropa. Die Grundsätze, die er nicht wörtlich und nicht immer explizit so formulierte, sind der Sache nach die Folgenden: 1. Die Notwendigkeiten sind a) europäische Zusammenarbeit und europäische Vereinigung, b) Annäherung zwischen Ost und West in Europa, c) eine für den politischen und sozialen Aufbau wirkungsvolle Entwicklungspolitik, d) Leistungen zur Gewährleistung militärischer Sicherheit in Kooperation. 2. Die Friedenssicherung darf nicht den beiden Großen, USA und UdSSR, überlassen bleiben. 3. Deutschland muß einen eigenen, für seine Situation charakteristischen Beitrag zur Entspannungspolitik leisten.

Zu dem letztgenannten Punkt äußerte er sich ausführlicher. Was nämlich darin

vom deutschen Volk verlangt wird, ist nicht weniger als die Hinnahme der Spaltung und die Aufgabe Ostdeutschlands als Definitivum. «Unserem deutschen Volk ist die Prüfung auferlegt, gespalten zu leben und doch dem Frieden in der Welt zu dienen, gespalten zu leben und doch seinen Zusammenhalt als ein Volk zu bewahren. Bestehen wir diese Prüfung, so ist das unsere Reifeprüfung als Nation in der trotz allem sich bildenden Gemeinschaft Europas, dessen Nationen diese Gemeinschaft brauchen, um zu bestehen.»

Es muß erstaunlich erscheinen, wenigstens in ausländischen Augen, daß diese bewegenden Sätze nicht Anlaß zu einer tiefen, geistigen Aussprache gaben, sondern daß die Diskussion so stark von einer Teilfrage beherrscht war, indem *Erich Müller-Gangloff*, der Initiant der «Aktion Sühnezeichen» (welchem einst Chruschtschow Gelegenheit gab, daß er ihm seine diakonische Aktion zur Überwindung von Haß und Gegensatz erklären durfte), sich mit dem Referenten in ein Wortgefecht über die staatliche Anerkennung der DDR einließ. Dieser forderte die Bonner Regierung dazu auf, den Anspruch fahren zu lassen, daß die Bundesrepublik allein legitim Deutschland vertrete. Wehner bekräftigte wenigstens den Grundsatz, daß sich die beiden Teile Deutschlands nicht vor der Welt gegenseitig mattsetzen dürften. Die Diskussion bewies, daß der Sprung von anerkannten Grundsätzen zu einer politischen Entscheidung noch äußerst heikel ist. Und es wäre wohl dienlicher gewesen, wenn man erst die Grundsätze selbst zum Gegenstand der Diskussion gemacht hätte. So entstand der Eindruck, daß diese eigentlich unumstritten, nur aber ihre Anwendung strittig sei.

Wehner forderte zuerst Großzügigkeit von seiten der DDR. Vor allen Dingen sollte doch die große Feierlichkeit um Luther Ende Oktober gestatten, daß die Deutschen im Geist der Ökumene zusammenkämen. Bekanntlich hat die DDR sogar die Tagung des Lutherischen Weltbundes in Wittenberg verhindert. Ebenso wünschte Wehner von der DDR die Erleichterung des Austauschs und des Wettbewerbs in den Bereichen der Kunst, des kulturellen Schaffens und des Sports. Das würde Voraussetzungen für die gegenseitige Achtung schaffen. Daß die DDR das nicht wagt, ist natürlich ein nicht zu übersehender Hinweis darauf, daß die entscheidende Voraussetzung für eine Parallelität der beiden politischen Ordnungen in Ost und West fehlt. Wehner hat das leider nicht gesagt, aber es muß hier beigefügt werden: es fehlt die echte Souveränität der DDR, die auf dem Willen des Volkes und auf der Kraft einer eigenen Volkswirtschaft beruht. Sie ist ein künstliches Gebilde bis heute geblieben. Sie kann den freien Wettbewerb mit dem echten Staat der Deutschen nicht wagen. Daher war es verfehlt, wenn von links her Wehner angegriffen und die Schuld an der Unmöglichkeit eines Miteinander als Staaten den Bonner Grundsätzen zugeschoben wurde.

Wehner sprach den Wunsch nach der Aussöhnung mit Polen aus. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen muß durch eine Lösung geordnet werden, bei der die Interessen beider Länder beachtet werden sollen. Die Grenzen zwischen den beiden Staaten sollen durch eine Regelung festgelegt werden, «die alle Voraussetzungen für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft in einer europäischen Friedensordnung schaffen soll.» Philipp von Bismarck widersprach Wehner, indem er die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mit der Austreibung der Bevölkerung als völkerrechtlich unmöglich bezeichnete. Wehner sieht eine Aufgabe der Kirchen darin, dem Volk innerlich den Weg in die Zukunft zu ermöglichen.

Von seiten der CDU sprach *Bundesminister Stoltenberg*. Seine Forderung nach einer verstärkten Entwicklungspolitik war unbestritten.

Die theologische Diskussion

Die theologische Diskussion kristallisierte sich um einen Vortrag von Professor *Ernst*

Käsemann aus Tübingen: «Die Gegenwart des Gekreuzigten.» Es handelte sich, kurz gesagt, um die Forderung, die Auffassung vom Kreuz als Sühnopfer des Gottessohnes für die Menschheit aufzugeben zugunsten einer existentiellen Nachfolge auf dem Weg des Kreuzes. Er stellte die Christusauffassung des Matthäusevangeliums gegen die paulinische Theologie. Nach Matthäus erlitt Jesus den Tod am Kreuz, weil er den Gott der Gottlosen verkündete und darum von den Vertretern der Frömmigkeit verurteilt wurde. So Käsemann. Wer hier nicht Fachmann ist, kann zwar zur wissenschaftlichen Behauptung schwer Stellung nehmen. Er muß sie schon in seiner Bibel nachprüfen und dabei gelernt haben, im Text des Evangeliums genau zu beobachten. Aber jedermann kann dazu sich äußern, wenn Käsemann die Ansicht vorträgt, daß die Lehre vom Opfertod Jesu für die Sünden der Menschen in der Welt von heute unverständlich, ja absurd sei. In der Antike war sie dem religiösen Brauch und Denken sehr gemäß. Heute wirkt sie sich dahin aus, daß Jesus Christus durch diese Lehre über sein Kreuz in eine kuriose, übernatürliche Sphäre versetzt wird. Sie macht Jesus, der den Sündern und Zöllnern so menschlich nahekam, zu einer befremdlichen, unwirklichen, gespensterhaften Erscheinung. Das wird durch die absonderlichen Phänomene um die Auferstehung, von denen die urchristlichen Schriftsteller berichten, noch verstärkt. Käsemann fordert den Abbau des antikorientalischen Rankenwerks. Dadurch soll Jesus nicht weniger ernsthaft als Gottgesandter verstanden werden. Im Gegenteil soll es dadurch für uns nur viel ernster mit dem Kreuz werden. Das einzige Amt, das Jesus den Jüngern erteilt, ist die Nachfolge.

Gegen diesen Vortrag Käsemann stand ein anderer von Professor *Eduard Schweizer* aus Zürich. Dem Beifall nach zu rechnen, hat er überwiegend die Zustimmung der Teilnehmer gefunden. Wenn man die jungen Leute beachtete und mit ihnen sprach, fand man allerdings bei ihnen auch Kritik. Professor Schweizer war bemüht, einfach und anschaulich zu sprechen. In der Diskussion betonte er die Verantwortung des theologischen Lehrers, der der Gemeinde nicht Behauptungen vortragen dürfe, über die sich die Gelehrten selbst nicht einig seien. Die Jungen wünschten aber eben gerade das, nämlich öffentliche Diskussion der bibelkritischen Fragen um die Offenbarung und eine scharfe Frontbildung. Auch Professor *Marxsen* aus Münster war der Meinung, daß die christliche Gemeinde fähig sei, die schweren Gegensätze zu ertragen. Er wies auf die gegensätzlichen Auffassungen hin, mit denen die verschiedenen neutestamentlichen Zeugen und Theologen Jesu Tod und Auferstehung gedeutet haben, wobei sie die frühe Kirche doch in das eine gemeinsame Bibelbuch hineinbinden konnte.

Auch Professor Schweizer bejahte den Wert der gegensätzlichen Meinung und sprach keineswegs für deren Unterdrückung. Er wollte aber doch solche Diskussion den Fachleuten vorbehalten. Auch in diesen Dingen faßte der Kirchentag keine Resolution. Er ließ die Fragen offen. Die Diskussion ist freilich in Tat und Wahrheit damit doch in die Kirche hineingetragen worden. Die Leitung der Veranstaltung hatte nur die extremsten Ansichten zur Linken wie zur Rechten nicht zur Sprache gebracht, indem sie deren Vertreter nicht ans Katheder rief. Kein Referent leugnete nämlich Christi Auferstehung. Die Kritik richtete sich nur gegen die Aufmachung der Berichte. Sie tragen die Färbung der Zeit. Die Auferstehung Christi ist das Geschehen von außen her, das aus den unter dem Kreuz verzweifelten Jüngern die Boten des Evangeliums machte, welche durch die Welt eilten und Peitsche, Gefängnis und Tod nicht fürchtend den Herrn verkündigten.

Max Schoch